

HABERSAAT (SPD): EINE MILLION EURO FÜR DIE SCHULSOZIALARBEIT IN STORMARN

Stormarn (ve/pm). Für die Schulsozialarbeit berichtet der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (SPD) von einer Zuwendung von Mitteln, durch die der Kreis Stormarn eine Million Euro zur Verfügung haben könnte. Das Land beteiligt sich demnach dauerhaft an der Finanzierung im Rahmen des neuen Finanzausgleichsgesetz (FAG).



Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (SPD).

Mit dem 1. Januar 2015 habe das Land die Finanzierung der Mittel für die Schulsozialarbeit übernommen, die vorher der Bund bezahlt hat. Dabei geht es um 13,2 Millionen Euro im Jahr, von denen etwas mehr als 600.000 Euro nach Stormarn fließen. Hinzu kommen 4,6 Millionen Euro jährlich, die das Land auch schon vorher übernommen hat und die primär den Grundschulen zugute kommen sollen. Dort ist Stormarn mit einem Anteil von 411.000 Euro dabei.

Kriterium: Schülerzahlen der Grundschulen

Die Verteilung unter den Kreisen und kreisfreien Städten richte sich im Falle der 13,2 Millionen nach dem Prozentanteil, mit dem der einzelne Kreis beziehungsweise die kreisfreie Stadt im jeweils vorvergangenen Jahr (aktuell also 2013) am Gesamtvolumen der Ausgleichsleistungen des Bundes beteiligt war, erläutert Habersaat. „Im Klartext: Sozial schwächere Regionen bekommen mehr als starke. Die Verteilung der 4,6 Millionen Euro richtet sich nach Schülerzahlen in den Grundschulen“, so Habersaat.

Wie genau die Mittel an die einzelnen Schulträger verteilt werden, entscheidet der Kreis mit. Die vom Land bereitgestellten Mittel sind auch nicht die Obergrenze für die Bezuschussung der Schulsozialarbeit. Schulträger und Kreise können zusätzlich eigene Anstrengungen zu unternehmen, um bedarfsgerecht auch an anderen Schularten als der Grundschule Schulsozialarbeit umzusetzen. Schulträger in Stormarn tun dies bereits, auch die Stadt Ahrensburg stellt Mittel für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Keine Befristung mehr für Sozialpädagogen?

Habersaat: „Zwei Wünsche verbinde ich mit diesen Mitteln: Erstens hoffe ich, dass sie möglichst oft zusätzlich eingesetzt werden und nicht bisheriges Engagement der Städte und Gemeinden ersetzen. Zweitens hoffe ich, dass nun, wo die Beteiligung des Landes dauerhaft zugesagt ist, Befristungen aufgehoben und Sozialpädagoginnen und -pädagogen dauerhaft eingestellt werden.“